

Gemeinsam gegen den Flächenfraß für Industriegebiet

Das „Bundesbündnis Bodenschutz“ hat ein Ziel: Naturflächen vor Beton schützen. Die Rißtal-Bürgerinitiative und ein Bauernverband arbeiten jetzt mit.

ALFRED WIEDEMANN

Die Wirtschaft brummt im oberschwäbischen Biberach. Offizielle Arbeitslosenquote im Mai: 1,8 Prozent. Um Unternehmen Platz für Erweiterungen zu bieten, planen Biberach und die Nachbarn Warthausen, Maselheim und Schemmerhofen ein interkommunales Industriegebiet. 45 Hektar, groß wie 64 Fußballfelder, bei Warthausen-Herrlishöfen, nördlich von Biberach.

Der Haken: Geplant wird im Grünen, im Tal der Riß. Eine Bürgerinitiative will dort Agrarflächen, Naherholungsgebiet, Hochwasser-Barriere, Wasserschutzgebiet und Kaltluftschneise vor dem Beton retten. „Es muss doch bessere Lösungen geben“, sagt Eva-Maria Gaum von der „BI Ristal“. „Wir sind nicht gegen die Industrie. Es kann aber nicht sein, dass immer nur Grün geopfert wird“. Boden sei schließlich der „wertvollste Rohstoff“.

Zeit, dass sich die Politik an ihre eigenen Vorgaben für weniger Flächenfraß halte, sagt Ingrid Hagenbruch von der „Bürgerinitiative Breitweisen“, die in Weinheim gegen Pläne für ein Gewerbegebiet erfolgreich war.

Mit anderen Initiativen zusammen hat Hagenbruch Anfang 2019 das „Bürgerbündnis Bodenschutz“ ins Leben gerufen. Über Artenschutz und Klimaschutz redeten viele, aber der Schutz des Bodens, „Lebensgrundlage für uns alle“, der interessiere wenig. Der Boden habe keine Lobby, sagt Hagenbruch. „Diese Lobby wollen wir sein.“

Am Freitag trat die „Bürgerinitiative Ristal“ dem Bündnis bei, außerdem der Kreisbauernverband Biberach-Sigmaringen. „Jeder Bauernverband sollte mitmachen“, sagt der Vorsitzende Gerhard Glaser. Die bäuerliche Landwirtschaft in Oberschwaben sei „gut unterwegs im Natur- und Umweltschutz“, Bodenschutz sei ein wichtiges Thema, man dürfe Bäuerinnen und Bauern, die an ihrem Land hängen, nicht mit der Agrarindustrie und ihren Auswüchsen gleichsetzen.

Auch Bauernverbände im Rhein-Main-Gebiet seien dem Bodenschutz-Bündnis bereits beigetreten, sagt Hagenbruch: „Wir wollen mehr werden, um intelligente Lösungen für den Bodenschutz zu erreichen.“

Fürs Rißtal galt im Regionalplan Donau-Iller ein Zersiedelungsverbot. Das hat das Regierungspräsidium Tübingen 2018 aufgehoben. Ein neues Industriegebiet stärke die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, ein Bahnanschluss sei möglich und die B30 nah. Durch die Bündelung könnten andere Bereiche geschont werden, so die Behörde. Das ist aber kein Freifahrtschein: In der Bauleitplanung muss die Vereinbarkeit mit den fachgesetzlichen Vorgaben nachgewiesen werden.

Der Zweckverband der beteiligten Kommunen sieht nur lösbare Probleme: Für Feldlerchen und Zauneidechsen zum Beispiel müssen Ersatzräume her, fürs Wasserschutzgebiet Auflagen, der Baugrund sei gut bebaubar.

„Der Zweckverband plant mit Vollgas, beschlossen ist aber noch nichts. Wir hoffen, dass wir das Industriegebiet verhindern können“, sagt Alfred Schlanser von der BI. Allein für Kiesabbau seien im Rißtal bisher 80 Hektar draufgegangen, weitere 45 Hektar Kiesabbau seien schon anvisiert. „Das kann so nicht weitergehen“, sagt Schlanser, „wir brauchen ein Umdenken.“

Verbot aufgehoben

Zwar besitze die Unternehmensgruppe Handtmann, ein großer Arbeitgeber, der am Standort Biberach seit langer Zeit um Erweiterungsflächen wirbt, im vorgesehenen Gebiet große Flächen, sagt Schlanser. Eine Firma bemühe sich zudem für den Zweckverband um Käufe. „So weit wir wissen, wollen viele Eigentümer ihre Grundstücke aber nicht hergeben.“

Im neuen Warthausener Gemeinderat habe die Bürgerinitiative zudem jetzt drei Mitglieder. Da gehe schon noch was für den Erhalt des Risstals. „Wir geben nicht auf!“